

AUFBAU OST

„Wie im Wilden Westen“

Enthüllungen? Sensationen? Intime Details? Die „geheimen“ Tagebücher des Ex-Treuhand-Vorstands Klaus Schucht, die im Koblenzer Bundesarchiv lagern, schildern authentisch die Chaosjahre im deutschen Osten. Im Zentrum: dreiste Westmanager und überforderte Politiker.



Treuhänder Schucht, Breuel (1992): „Dies alles klingt verwegen und recht unorthodox“

Die ersten Gerüchte über Schmiergeldzahlungen bei der Privatisierung der Leuna-Raffinerie tauchten auf, da meldete sich ein Insider zu Wort. Er habe „über die ganze Sache Tagebuch geführt“, verkündete Klaus Schucht, einst Vorstandsmitglied der Berliner Treuhandanstalt. Da gäbe es Fakten, so der Ex-Manager im Juni 1997, „die würde jeder abstreiten, da gibt es auch keine Akten drüber“.

Was Schucht mit den kryptischen Andeutungen meinte, darüber schwieg er beharrlich. Nur so viel ließ er durchblicken: Seine Tagebücher seien im Koblenzer Bundesarchiv deponiert, erst zehn Jahre nach seinem Tod sollten die Aufzeichnungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Ein Mythos war geboren, der die Phantasie beflügelte. Enthielten die Aufzeichnungen womöglich Hinweise auf Korruption bei der Privatisierung der Leuna-Raffinerie? Gab es endlich Namen, womöglich kompromittierende Fakten oder intime Details? Schlummerte da im Bundesarchiv ein Schatz, den zu bergen sich für viele lohnen würde – für Journalisten, Historiker, Politiker und Staatsanwälte?

Dem SPIEGEL liegt das Werk nun vor, doch Sensationen verrät es nicht. Doch was Schucht vom 2. April 1991, dem Tag der ersten Eintragung, bis zum 30. Dezember 1994 auf 1400 Seiten festhielt, gibt erstmals einen authentischen Einblick in jene Zeit, in der überforderte Politiker, forsche Konzernchefs und dubiose Geschäftemacher sich über Deutschlands Osten hermachten. Autor Schucht lieferte ein Dokument jener wilden Jahre, in denen der Westen mit dreistelligen Milliardenbeträgen sich am Aufbau Ost versuchte – und oft genug an den Unzulänglichkeiten der Bürokratie und der Gewitztheit von Konzernen scheiterte.

Über die Motive der Unternehmen und ihrer Chefs machte sich der Tagebuchschreiber von Anfang an keine Illusionen:

Fast alle westdeutschen Interessenten kommen mit den anmaßendsten und teilweise dreistesten Forderungen. Niemand geniert sich, und keiner hat Bedenken, die Staatskasse, denn um nichts anderes handelt es sich, in dieser skrupellosen Form auszuplündern.

Schuchts Aufgabe war die Privatisierung der Energieriesen, der Chemiekombinate und des Bergbaus, „also ein Großteil der DDR-Industrie“, wie er stolz notierte.

Der ehemalige Ruhrkohle-Vorstandssprecher sollte Investoren finden, um die „industriellen Kerne“ (Treuhand-Chefin Birgit Breuel) der DDR zu erhalten. Es ging vor allem um die Rettung von Arbeitsplätzen. Die Aufgabe für Schucht und seine Treuhand-Kollegen war schwierig, teilweise unmöglich zu lösen: Denn sie sollten unbürokratisch investieren und zugleich mit den Steuermilliarden des Westens möglichst so haushalten, dass auch der Bundesrechnungshof keinen Anlass zur Kritik hat.

Schon nach wenigen Tagen, im April 1991, merkte Schucht, was da von ihm erwartet wurde: „Pionierarbeit wie im Wilden Westen, gekoppelt mit pingeliger deutscher Gründlichkeit.“

Dass es nicht ganz einfach würde, die Erwartungen von Beamten, Politikern, Wirtschaftsführern und den Ostbelegschaften zu erfüllen, war klar. Am 7. Juni berichtete Schucht an Schucht:

Die ersten vier Wochen sind ruhig vorübergegangen. Nun weht mir der Wind ins Gesicht, und zwar gleich an mehreren Stellen. Bonn beginnt aufzumucken. So-



Kaliabbau in Ostdeutschland: „Vogel scheint ein“

Die industriellen Problemzonen der Ex-DDR

STROM

Das westdeutsche Stromkartell hatte sich das Monopol im Osten gesichert, bevor die Treuhand richtig ihre Arbeit aufnahm. Die Ostkommunen konnten sich erst mit Hilfe des Verfassungsgerichts das Recht erstreiten, wenigstens eigene

Stadtwerke gründen zu dürfen.

CHEMIE

Das Urteil der Unternehmensberater fiel 1991 eindeutig aus: Aus betriebswirtschaftlicher Sicht war die Chemie in Ostdeutschland nicht zu retten. Es konnte nur darum gehen,

industrielle Kerne zu erhalten, um nicht die Bewohner eines ganzen Landstrichs in die Arbeitslosigkeit zu schicken.

KALI

Die ostdeutsche Kaliindustrie war nicht konkurrenzfähig. Zwei Standorte wurden geschlossen.

zialpläne verwirren sich bis zur Unlösbarkeit des Problems.

In der Privatisierungsbehörde im ehemaligen Reichsluftfahrtministerium war Schuchts ständiger Begleiter das Chaos: *Schon im Bergbau kommen Schwierigkeiten auf, da der Fachmann Bergbau auch auf einem anderen Gebiet der alleinige Fachmann ist, so dass möglicherweise der Vorstandskollege auf den Fachmann angewiesen ist, ich im Gegenzuge gegen den Bergbau möglicherweise die Textilien eintausche. Dies alles klingt verwegen und recht unorthodox.*

Für die Politik war die Berliner Anstalt von Anfang an der Blitzableiter. Was immer die Treuhand machte, konnte nur falsch sein. Schnelle Privatisierungen brachten die Treuhänder sofort in den Verdacht des Ausverkaufs. Die Abwicklung unrentabler Betriebe ließ sie den Zorn der Betroffenen spüren.

Wie in einem Brennglas bündelte sich im morgendlichen Pressespiegel die Kritik aus allen Lagern. Genauestens wurden positi-

ve und negative Berichterstattung verfolgt. Die ständigen Indiskretionen aus Treuhand und Ministerien konterte Schucht gelegentlich mit eigenen Informationshäppchen, „in der Überlegung, dass, wenn genügend Neuigkeitwerte sich durch meine Auskünfte ergeben, der ‚Spiegel‘ es dabei bewenden lässt und nicht anfängt, Spekulationen anzustellen“.

Die Treuhand-Zentrale wurde zur Trutzburg. Die permanente Kritik von allen Seiten stieß bei den Vorständen auf Unverständnis, angesichts ihrer nationalen Aufgabe erwarteten sie Unterstützung. Sie bekamen einen Untersuchungsausschuss.

Im Herbst 1993 forderte die damalige SPD-Opposition ein parlamentarisches Gremium, das die Treuhand-Geschäfte untersuchen sollte; die Stimmung im Vorstand sank auf den Nullpunkt.

Ob es gelingt, den Untersuchungsausschuss abzuwenden? Frau Breuel ist so demotiviert, dass sie an den geschlossenen Rücktritt des Vorstandes denkt,

wenn alles danebengehen sollte. Ich halte dagegen, dass wir uns damit selbst in schlechtes Licht setzen würden.

Die Präsidentin blieb, der Ausschuss kam. Und es waren vor allem Schuchts Privatisierungen, für die sich die Parlamentarier interessierten. Denn in seinem Geschäftsbereich – Energiewirtschaft, Bergbau und chemische Industrie – spiegelten sich exemplarisch alle Probleme der Treuhand-Arbeit wider.

Vor allem in Sachen Energie kämpfte Schucht auf verlorenem Posten. Als er im Mai 1991 seinen Vorstandssitz einnahm, war der ostdeutsche Strommarkt schon in der Hand der westdeutschen Energiekonzerne. Die großen Drei des Stromgeschäfts – RWE, Bayernwerk und PreussenElektra – hatten bereits wenige Tage nach den ersten freien Wahlen in der DDR im Frühjahr 1990 mit der überforderten Regierung des Lothar de Maizière (CDU) den Stromvertrag ausgehandelt.

Im August, zwei Monate vor der Einheit, übertrugen die DDR-Regierung und die Treuhand den Unternehmen die „Geschäftsbesorgung“ für die Oststromindustrie. Zugleich sicherten sie sich das Recht, das Leitungsnetz und die Großkraftwerke komplett und die regionalen Energiekombinate zu 51 Prozent kaufen zu können.

Das war, nicht nur in den Augen der Ostdeutschen, eine Art moderner Kolonialismus. Schon 1991 stiegen die Strompreise für die Ostbürger auf Westniveau, weit schneller als die Ausgaben für Investitionen ins Netz und in die Kraftwerke.

Schucht blieb nur die Schadensbegrenzung. Drei Jahre lang feilschten die Energiemanager wie auf dem Basar über den Preis für die Anschlussverträge.

Die Verhandlung heute in Bonn ist wieder einmal makaber. Einerseits erklärt die Stromwirtschaft ständig, dass sie nicht investieren wolle, ehe nicht die Lieferverträge unterschrieben seien, was doppelt makaber ist, denn sie investieren nicht etwa ihr, sondern unser Geld. Das Ganze ist eine unglaubliche Erpressung.

Ausgerechnet ein Treuhand-Skandal gab Schucht neue Hoffnung. Im Oktober 1993 hatten Staatsanwälte die Büros von Thyssen und unter anderem auch die Privatwohnung des ehemaligen Vorstandschefs Dieter Vogel durchsucht. Die Ermittler hegten den Verdacht, dass der Stahlkonzern bei der Geschäftsbesorgung für den ostdeutschen Metallurgiehandel durch Bilanztricks und manipulierte Abrechnungen überhöhte Honorare in die eige-



CDU-Mann Vogel



Manager Struwe

absoluter Dickkopf zu sein“

ne Kasse transferiert und damit Treuhand-Gelder veruntreut habe.

Die Analogie zu den Geschäftsbesorgungsverträgen im Strombereich lag für Schucht auf der Hand. Was er damals nicht wissen konnte: Alle daraus folgenden Ermittlungsverfahren der Berliner Staatsanwaltschaft gegen Thyssen-Manager sollten mit Einstellung enden. Am 21. Oktober 1993 erläuterte Schucht in großer Runde, an der auch Beamte des Finanz- und Wirtschaftsministeriums und des Kanzleramtes teilnahmen, seine Überlegungen:

Ich trage vor, dass die Ereignisse in Berlin im Zusammenhang mit Thyssen uns doch sehr nachdenklich machen würden. Es gäbe im Stromvertrag Vorkommnisse, die vor der Staatsanwaltschaft keinen Bestand hätten.

Die Argumentation beeindruckte offenbar auch jene, die vorher freundlich mit den Strombossen verfahren waren. Abends notierte Schucht, ein Beamter „vom Wirtschaftsministerium hält es für klüger, nicht mehr vehement die Interessen der Stromwirtschaft zu vertreten“.

Scheinbar zeigte die Drohung auch bei der Industrie Wirkung. Die drei Großen der deutschen Strombranche ließen sich auf die Treuhandforderung von acht Milliarden Mark ein. Tatsächlich überwiesen sie nach Vertragsschluss zwei Milliarden in die Bundeskasse. Der Rest wurde auf 18 Jahre gestundet.

Bei der Privatisierung der Kalibergwerke war Schuchts Spielraum mindestens ebenso begrenzt. Doch dieser Vorgang mobilisierte einen bisher nicht gekannten Widerstand gegen die im Osten als kaltschnäuzig empfundene Treuhand-Politik. Die Kumpel aus dem thüringischen Bischofferode sollten zum Symbol des Kampfes gegen die „kapitalistischen Plattmacher“ und zum Mediendebakel der Treuhand werden.

Die Gruben waren Ladenhüter im Treuhand-Sortiment. Einziger ernsthafter Interessent war die BASF-Tochter Kali und Salz (K+S) aus Kassel. Und deren Interesse bestand vor allem darin, keine lästige Konkurrenz im eigenen Lande aufkommen zu lassen; die Weltmarktpreise lagen am Boden, der Absatz stagnierte.

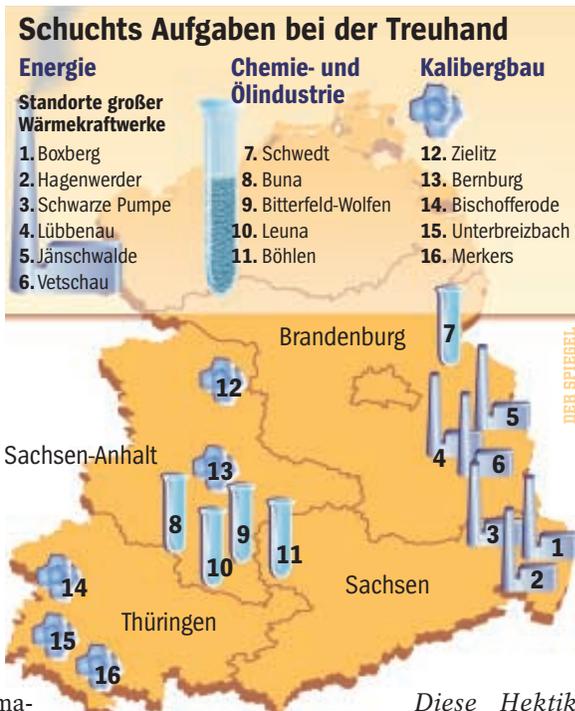
Nach Schneider (ein K+S-Vorstand) muss die deutsche Kaliindustrie in eine Hand, weil zwei deutsche Gruppen auf dem Markt sich einen tödlichen Preiskampf liefern würden. Die Kali und Salz arbeitet mit Verlust.

Im Herbst 1992 lieferte das Investmenthaus Goldman Sachs das passende Konzept: Treuhand und K+S sollten eine ge-

meinsame Gesellschaft gründen, die Mitteldeutsche Kali und Salz. Die Kasseler würden 51 Prozent halten, die Treuhand 49 Prozent. Für den Minderheitsanteil zahlte die öffentliche Hand rund eine Milliarde Mark, dazu die Übernahme von Schulden in Höhe von 270 Millionen Mark. Die Kasseler sollten ihre Westwerke als Sacheinlage einbringen.

Der Plan, das Geschäft geräuschlos über die Bühne zu bringen, klappte allerdings nicht. Die Kumpel im Kalibergwerk Bischofferode hatten Anfang 1993 Wind davon bekommen, dass ein Teil des Deals die Schließung ihrer Grube war.

Was damals wie das letzte übliche Aufbäumen einer abzuwickelnden Ostbelegschaft aussah, weitete sich zum Medienspektakel aus. Die Kalikumpel traten demonstrativ in den Hungerstreik, prominente Linke wie Stefan Heym gesellten sich zu ihnen. Schucht, ein Mann mit SPD-Parteiuch, verstand die Welt nicht mehr:



Diese Hektik in Bischofferode hat unerträgliche ordnungspolitische Dimensionen. Hier kämpft die CDU mit Vorstellungen um den Erhalt von Arbeitsplätzen, die jenseits alles Tragbaren sind. Die Gewerkschaft steht zu mir. Gewerkschaft also und SPD, durch mich verkörpert, beschließen die Stilllegung einer Anlage, die keinen Absatz mehr hat. Eine irrsinnig paradoxe Situation!

Der Druck auf die Treuhand wuchs. Die thüringische Landesregierung von CDU-Ministerpräsident Bernhard Vogel solidarisierte sich mit den Streikenden. Schucht war fassungslos:

Vogel scheint ein absoluter Dickkopf zu sein. Er will nicht aufgeben ...

Auch Schucht zeigte sich nun von der kämpferischen Seite. Er hielt an der Treu-



Elf-Raffinerie in Leuna: „Die Stunde der Wahrheit“

hand-Linie fest, wenn irgend möglich, Dritten den Einblick in Privatisierungsverträge zu verweigern.

Zwei Telefongespräche mit Wolf von BASF. Wolf hat mittlerweile einen Besuch bei Ministerpräsident Vogel gemacht. Auch er hat es abgelehnt, den Business-Plan mit der Landesregierung zu besprechen. Wie gut, dass man sich auf solche Leute wie den Vorstand der BASF verlassen kann.

Natürlich hielt Schucht auch Kontakt ins Kanzleramt, schließlich saß an dessen Spitze mit Helmut Kohl ein ehemaliger BASF-Ferienjobber: Da gab es regelmäßige Gespräche in den Kanzlerrunden, Kurzinformationen per Telefon und auch ein paar Privatisierungsunterlagen für den Abteilungsleiter Johannes Ludwig zur Vorbereitung eines Gesprächs mit Thüringens Ministerpräsident Vogel.

Ob diese Treuhand-Papiere sich noch im Aktenstamm des Kanzleramts befinden, ist offen. Schließlich fand Burkhard Hirsch, der Sonderermittler der Bundesregierung, in den letzten Monaten heraus, dass insbesondere Kanzleramtsakten zu kritischen Privatisierungen der Treuhand fehlen.

Ein Schicksal, das auch Leuna-Akten erzielte. Die Spekulationen, die sich um Schuchts Tagebücher ranken, haben in diesem Privatisierungsfall ihren Ursprung. Seit Jahren halten sich die Gerüchte, dass damals Schmiergelder des französischen Konzerns Elf Aquitaine auch an die CDU geflossen sein sollen.

Wer glaubt, in Schuchts Aufzeichnungen Belege für kriminelle Machenschaften, Bestechungen oder Bestechungsversuche zu finden, wird enttäuscht. Weder der in Monaco lebende Geschäftsmann Dieter Holzer noch der ehemalige französische Kaufmann Pierre Lethier, denen in der Affäre eine zentrale Rolle zugesprochen wird, kommen in seinen Notizen vor. Nur



ist gekommen“

Walther Leisler Kiep wird am Rande erwähnt. Als 1993 die Elf-Spitze wechselte und der Leuna-Deal gefährdet schien, war es auch der Ex-CDU-Schatzmeister, der die schlechte Botschaft überbrachte: *Große Aufregung vor der Vorstandssitzung. Leisler Kiep verfügt über Verbindungen zur Elf und hat Frau Breuel am Wochenende alarmiert, dass der Elf-Deal gefährdet wäre.*

Dabei hatte die Treuhand es gerade hier schwer, einen Käufer zu finden. Die maroden Raffinerieanlagen waren aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht zu retten. Schnell stellte Schucht fest, dass die westdeutschen Chemiekonzerne ihrer nationalen Pflicht keineswegs nachkommen wollten. In einem Gespräch mit dem Treuhänder lassen die angereisten Vorstandsherren der BASF keine Zweifel aufkommen: *Wenn ich Struwe richtig folge und wenn ich das, was er nicht sagt, richtig verstehe, gibt BASF für den ganzen Standort Leuna nichts.*

Somit war der Treuhänder auf ausländische Investoren angewiesen, die aber auch kein großes Interesse zeigten. Nach wenigen Wochen war ihm klar, dass er die Petrochemie nur losschlagen konnte, wenn er sie mit dem Minol-Tankstellennetz anbot – dem einzigen Renner, hinter dem alle Ölkonzerne her waren. Schlucht notierte: „Leuna + Minol, Minol als Hochzeitsgabe.“

Die Aussteuer war offenbar attraktiv. Schließlich meldeten sich in den kommenden Monaten drei internationale Konsortien als ernsthafte Bewerber für das Leuna-Minol-Paket: In die engere Wahl kamen eine Gruppe von Mineralölunternehmen unter der Führung der britischen BP – und der Verbund mit Elf Aquitaine an der Spitze.

Während der Verhandlungen konnte Schucht die Unterschiede zwischen angel-



Ex-Koordinator Ludewig, Elf-Chef Le Floch-Prigent
„Die Verhandlung in Bonn ist makaber“

sächsischen Managern und französischen Staatskonzernlenkern genau studieren. Nach einem Gespräch mit dem BP-Vorstandschef notierte er:

Es entspinnt sich ein spritziger Dialog voller Schlagfertigkeit und mit viel Charme, bis Simon sein Mienenspiel verändert. Das scharf geschnittene Gesicht verliert seinen spritzigen Charme, und wir fangen an, über das Geschäft zu reden.

Ganz anders traten offenbar die Herren aus Paris auf:

Die Franzosen sind sehr kultiviert, sehr bemüht um Entgegenkommen, um Ausgleich. Wir reden eine Stunde bei starkem Kaffee und Croissants.

So angenehm konnten die Gespräche mit dem Elf-Präsidenten Loik Le Floch-Prigent verlaufen, doch immer wieder

blitzte er durch, „dieser gallische Zorn ... Le Floch, der stolze Gallier, möchte sich nicht pönalisieren lassen. Er findet schon demütigend genug, dass er nicht alleine unterschreibt“.

Wenn sich die unterlegenen Ölgesellschaften zu Wort meldeten, fühlte sich Schucht unter Druck gesetzt. Kritische Artikel kommentierte er: „Big Oil hat also wieder zugeschlagen.“

Doch an Elf, das wurde schnell klar, sollte nicht mehr gerüttelt werden. Der Kauf-

preis war – aus Treuhand-Sicht – günstiger als der von BP gebotene. Nur die exakten Konditionen waren strittig bis zum Schluss.

Es entspann sich ein diffiziles Wechselspiel zwischen Treuhand, Regierung und den Franzosen. Mal holte sich Schucht Rückendeckung in Bonn, wenn er an kritischen Punkten den Forderungen der Franzosen nachgeben oder auch Härte beweisen wollte. Dann wieder wendeten sich die Franzosen an die Politik, um ihre Ziele gegenüber der Treuhand durchzusetzen.

Am 10. Juli 1992 traf der damalige Elf-Chef Le Floch-Prigent Kanzleramtsminister Friedrich Bohl. Die Elf-Manager hatten sich offenbar verrechnet, da die Investitionszulage niedriger als geplant ausfiel, drohte eine Lücke in dreistelliger Millionenhöhe.

Um den Fehlbetrag wieder reinzuholen, schien ihnen Bonn die richtige Adresse. Die Franzosen, empfand Schucht, waren auf einmal froh gestimmt:

Daher die Spendierlaune und Großzügigkeit von Le Blanc, der sich nun in Berlin nicht mehr um Pfennige kabbeln wollte, nachdem er wusste, dass er den großen Coup in Bonn zu landen beabsichtigte.

Als Ende 1993 die Elf-Spitze drohte, den Deal zu kippen, falls nicht Verträge revidiert würden, verbündete sich die Treuhand mit dem Kanzleramt. Damals hatten die Verhandlungen zwischen Treuhand und Franzosen das Stadium der Nötigung mit gegenseitigen Schadensersatzforderungen

erreicht. Auch das Kanzleramt war über das „hohe Spiel, welches sich sehr schnell diplomatisch ausweiten“ konnte, informiert. Schucht notierte pathetisch: „Die Stunde der Wahrheit ist gekommen.“

In der Treuhand formulierte man jenen Brief vom Februar 1994 vor, mit dem Helmut Kohl den damaligen Premierminister Edouard Balladur zum Einschreiten bewegen wollte: „Unser Entwurf wurde leicht geändert, war aber doch als Grundlage offensichtlich geeignet.“

Bis man im Mai 1994 eine Lösung fand, bewegte das Thema, so empfand es Schucht, „in ganz unangemessener Weise die höchsten Spitzen des Staates“.

Warum Schuchts Tagebücher so streng geheim bleiben sollen, ist auch nach der Lektüre nicht zu erklären. „Es ist gewiss nicht falsch, zu behaupten“, vermutete Ende vorigen Jahres die „Welt“, „dass die wüsten Spekulationen, die sich um die Notizen ranken, der mitunter selbstverliebten Koketterie Schuchts behagen“.

Der ehemalige Treuhand-Vorstand verteidigt seine Geheimnistuerei. Er habe sich in dieser chaotischen Zeit der Aufbauarbeit Ost den Frust von der Seele geschrieben und manchem „vielleicht auch Unrecht getan“. „Ich wollte immer mich und andere in Schutz nehmen“, so Autor Schucht, „und nicht zu Lebzeiten blamieren.“

MARKUS DETTMER, ANDREAS WASSERMANN

„Ob es gelingt, den Untersuchungsausschuss abzuwenden? Frau Breuel ist demotiviert“